

Wetzlar, 09.03.2007

## NIEDERSCHRIFT

<b>Gremium</b>	Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses
<b>Sitzung Nummer</b>	5/2006-2011
<b>Datum</b>	25.01.2007
<b>Sitzungsbeginn</b>	16:05
<b>Sitzungsende</b>	17:45
<b>Ort</b>	Kleiner Sitzungssaal, Wetzlar

## Teilnehmer/innen

<b>FUNKTION</b>	<b>NACHNAME, VORNAME</b>	<b>IN VERTRETUNG FÜR</b>	<b>FRAKTION</b>
Vorsitzender	Müller, Hartmut		CDU
Ausschussmitglied	Anschütz, Hans-Günter		FWG
Ausschussmitglied	Beer, Alexander		CDU
Ausschussmitglied	Beimborn, Regina		SPD
Ausschussmitglied	Bender, Matthias		CDU
Ausschussmitglied	Benner, Hans		SPD
Ausschussmitglied	Egler, Beatrix		SPD
Ausschussmitglied	Förster, Eckehard		SPD
Ausschussmitglied	Fünfsinn, Anja		CDU
Ausschussmitglied	Hartert, Holger		SPD
Ausschussmitglied	Knöpp, Sascha	Kreck, Matthias	CDU
Ausschussmitglied	Hüsken, Wilfried	Müller, Jörg Michael	CDU

Ausschussmitglied	Schmidt, Joachim	FDP
entschuldigt fehlt	Rompf, Manfred	B90/DieGrünen
Landrat	Schuster, Wolfgang	SPD
Erster Kreisbeigeordneter	Hofmann, Wolfgang	FWG
Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter	Wegricht, Roland	SPD
Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete	Hilk, Helene	SPD
Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete	Landau, Ursula	CDU
Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter	Jackel, Hans	CDU
Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter	Reinschmidt, Wolfgang	FWG
Mitglied des Ältestenrates	Esch, Roland	FWG
Mitglied des Ältestenrates	Froneberg, Walter	SPD
Mitglied des Ältestenrates	Hartmann, Anke	SPD
Mitglied des Ältestenrates	Hensgen, Christel	SPD
Mitglied des Ältestenrates	Kornmann, Sigrid	FDP
Mitglied des Ältestenrates	Ludwig, Jörg	FWG
Mitglied des Ältestenrates	Müller, Elisabeth	CDU
Mitglied des Ältestenrates	Steinruck, Dieter	CDU
Von der Verwaltung	Dworaczek, Frank	
Von der Verwaltung	Kröckel, Dieter	
Schriftführerin	Biehl-Schneider, Marina	

## Tagesordnung

### TOP 1

Anerkennung der Niederschrift über die 3. Sitzung am 03.11.2006

### TOP 2

3. Wirtschaftsbericht 2006 des  
Eigenbetriebes "Grube Fortuna"  
Drucksache 2/2007

### TOP 3

3. Wirtschaftsbericht 2006 der  
Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill  
Drucksache 3/2007

### TOP 4

3. Wirtschaftsbericht 2006 der  
Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und  
Erwachsenenbildung  
Drucksache 4/2007

### TOP 5

Gestaltung Eintrittspreise Besucherbergwerk "Grube Fortuna"  
Drucksache 9/2007

### TOP 6

Sanierung des Dienstgebäudes A der Kreisverwaltung Karl-Kellner-Ring 51, Wetzlar  
Drucksache 5/2007

### TOP 7

Verschiedenes

**Ausschussvorsitzender H. Müller** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er schlägt vor, TOP 6 der Tagesordnung – Sanierung des Dienstgebäudes A der Kreisverwaltung – vorzuziehen, da zur Beratung dieses Tagesordnungspunktes Fachleute für evtl. auftretende Fragen anwesend sind.

Der Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

Weitere Ergänzungs- oder Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor, sie gilt somit als genehmigt.

**Frau Beimborn** spricht die mit der Einladung zur heutigen Sitzung übersandten Unterlagen zu dem Thema „Arbeitsanforderungsbewertungen“ an. Da die Angelegenheit nicht als Tagesordnungspunkt aufgeführt ist, möchte sie wissen, ob diese lediglich zur Kenntnis genommen werden sollen.

**Ausschussvorsitzender H. Müller** sagt zu, die Angelegenheit als Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses aufzunehmen.

**Als Tischvorlage wurde zu TOP 5 eine neue Vorlage (Drucksache 5/2007-1) verteilt.**

Die Protokollierung findet der Einfachheit halber in der ursprünglichen Reihenfolge statt.

### Zu TOP 1

Anerkennung der Niederschrift über die 3. Sitzung am 03.11.2006

Gegen die Niederschrift werden keine Einwände erhoben, sie gilt somit als anerkannt.

### Zu TOP 2

3. Wirtschaftsbericht 2006 des Eigenbetriebes "Grube Fortuna"

Drucksache 2/2007

In diesem Zusammenhang erinnert **Ausschussvorsitzender H. Müller** an die bestehende Abmachung, dass Quartalsberichte, sobald sie erstellt sind, zeitgleich allen Gremien zur Verfügung gestellt werden. Das heißt, die Quartalsberichte werden den Mitgliedern des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses zugeleitet, ohne dass sie vorher in der Betriebskommission bzw. im Kreisausschuss behandelt werden müssen. Das ist bei den hier vorliegenden Quartalsberichten wiederum nicht geschehen. Die Betriebskommissionen haben im November getagt, der Kreisausschuss am 06. Dezember, und dem Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss liegen erst heute die Berichte vor. Ein Controlling ist zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt nicht mehr gegeben. In Zukunft sollte sich an die Abmachung gehalten werden. Unter Umständen muss zur Beratung der Quartalsberichte eine Sondersitzung des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses einberufen werden.

**Herr Froneberg** unterstreicht die Aussage von Herrn Müller, allerdings möchte er das Wort „Abmachung“ durch „Zusage“ ersetzen. Die Zusage wurde vom damaligen Kämmerer gegeben, dass die Quartalsberichte in allen Gremien zeitgleich behandelt werden. Über Dinge zu beraten, die Schnee von vorgestern sind, ist eine Zumutung.

Hierüber entsteht eine lange Diskussion, mit dem Tenor, dass die erteilte Zusage für die Zukunft eingefordert wird.

**Herr Steinruck** weist darauf hin, dass die Eigenbetriebe die Quartalsberichte pünktlich erstellt und vorgelegt haben.

**Herr Schmidt** stellt fest, dass lediglich die von Herrn Dworaczek erstellten Quartalsberichte vorliegen, alle anderen nicht. Eine Diskussion über die Quartalsberichte macht in seinen Augen keinen Sinn, wenn nicht alle vorliegen.

**Frau Beimborn** interessieren die Gründe für die Vorgehensweise.

Der Einwand von **Landrat Schuster**, dass sowohl die Betriebskommission als auch der Kreisausschuss eventuelle Änderungen beschließen könnten, wird von allen Anwesenden durch nochmalige Erinnerung an die seinerzeitige Zusage widerlegt.

**Herr Bender** spricht sich für zusätzliche Ausschusssitzungen des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses aus, um die Quartalsberichte zeitnah behandeln zu können. Er bringt ein Beispiel über die Behandlung der Quartalsberichte bei der Firma Buderus.

**Landrat Schuster** schlägt eine generelle Absprache über die Anzahl der Berichte vor. Es ist zu überlegen, eventuell auf Halbjahresberichte umzustellen, die dann zeitnah vorgelegt werden können. Er regt an, über die von ihm erläuterte sogenannte „Ampelstruktur“ nachzudenken.

**Herr Schmidt** erinnert, dass man sich in der Vergangenheit bereits auf die Formate der Berichte geeinigt hat. Die zeitnahe Vorlage der Berichte ist notwendig, um eventuell ersichtlichen Problemen gegensteuern zu können. Er weist auf eine weitere Abmachung hin, den 4. Quartalsbericht durch den Jahresbericht zu ersetzen.

**Ausschussvorsitzender H. Müller** betont, dass die von Herrn Dworaczek erstellten Berichte einheitlich dargestellt sind, so wie seinerzeit gefordert.

**Frau Müller** erinnert daran, dass die Steuerungsgruppe für das neue Rechnungswesen für ein einheitliches Berichtswesen sorgen sollte. Davon hört man nichts mehr. Schon allein die seinerzeitigen Vorkommnisse bei der AEWLD und der KVB geben Anlass, die Berichte zu fordern.

Es entsteht eine weitere ausführliche Diskussion, an der sich **Frau Fünfsinn, Herr Benner, Frau Beimborn und Herr Förster** beteiligen.

Im Zuge der Diskussion erhebt sich die Frage nach dem 3. Quartalsbericht der Kliniken, die nicht abschließend beantwortet werden kann.

Auch **Herr Ludwig** hält eine Diskussion der Angelegenheit in der Steuerungsgruppe, die seit längerer Zeit nicht mehr getagt hat, für richtig. Er wünscht sich einen produktorientierten Bericht des Lahn-Dill-Kreises.

**Herr Schmidt** bittet darum, den Fraktionen für die Haushaltsberatungen einen Jahresabschlussbericht sowohl für den Kreis als auch für die Eigenbetriebe zur Verfügung zu stellen.

**Ausschussvorsitzender H. Müller** schließt die Diskussion mit der Feststellung, dass die seinerzeitige Zusage für die künftigen Berichte einzuhalten ist.

**Frau Fünfsinn** möchte zu den Erläuterungen auf Seite 3 des Berichtes wissen, ob die angekündigten Ergebnisse in der Angelegenheit „Kulturdenkmal“ vorliegen. Weiterhin ist unter Punkt „g“ mitgeteilt, dass das Wirtschaftsministerium seine Unterstützung bei einer möglichen Automatisierung des Einfahrbetriebes signalisiert hat. Sie möchte wissen, ob der entsprechende Antrag gestellt wurde.

**Herr Dworaczek** antwortet, dass über die Anerkennung als „Kulturdenkmal von nationalem Rang“ noch nicht entschieden ist. Zu der zweiten Frage teilt er mit, dass der Antrag mit der zuständigen Behörde abgestimmt ist, er wird nächste Woche abgeschickt werden. Das Investitionsvolumen beträgt 150.000 Euro, bis zu 50 % könnte das Land übernehmen.

**Frau Kornmann** macht darauf aufmerksam, dass auf der Seite „Erläuterungen und Maßnahmen“ noch der Kooperationsvertrag mit dem Förderverein gelobt wird. Wie aus der Presse zu entnehmen war, ist dies längst hinfällig. Es wurde eine Stellungnahme von Seiten des Fördervereins angekündigt und sie möchte wissen, ob diese vorliegt.

**Erster Kreisbeigeordneter Hofmann** erklärt, dass er einen Durchschlag des an die Fraktionsvorsitzenden gerichteten Schreibens erhalten hat.

*Anmerkung:*

*Die Briefe liegen dem Büro der Kreisorgane vor, sollten am Montag im Kreistag an die Fraktionsvorsitzenden übergeben werden und werden heute in der Sitzung verteilt.*

**Frau Beimborn** bittet um eine Erklärung, wieso sich die Kooperation mit dem Förderverein so schlagartig verändert hat.

**Herr Froneberg** erinnert an den Tagesordnungspunkt in der Kreistagssitzung– Antrag der FDP-Fraktion – und geht davon aus, dass unter diesem Tagesordnungspunkt die Angelegenheit diskutiert wird.

**Herr Dworaczek** zitiert einen Beschluss der Betriebskommission:

Die Betriebskommission beschließt:

1. *Die außerordentliche Kündigung des Kooperationsvertrages durch den Eigenbetrieb unter Bezugnahme auf die schlechte Erfüllung des Gaststättenpachtvertrages durch den Unterpächter. Zur Rückgabe des Pachtgegenstandes wird aufgefordert.*

Das bedeutet laut **Herrn Dworaczek**, dass die Betriebskommission beschlossen hat, wegen Schlechterfüllung den Kooperationsvertrag ihrerseits zu kündigen. Im Gaststättenbereich herrschten zum Schluss katastrophale Zustände.

2. *Die außerordentliche Kündigung des bestehenden Kooperations- und Zuwendungsvertrages durch den Förderverein.*

**Herr Dworaczek** erklärt, dass die außerordentliche Kündigung des Fördervereins formal bestätigt worden ist. Somit ist der Vertrag zum 30.11.2006 rechtlich aufgelöst worden.

Der Förderverein hat deshalb gekündigt, weil größere Probleme in personalrechtlichen Dingen aufgetreten sind. Hierdurch wurde erkannt, dass die in dem Kooperationsvertrag für den Förderverein vorgesehenen Aufgaben dort zu einem betriebswirtschaftlichen Verlust führen.

3. *Die Betriebsleitung wird beauftragt, das neue Angebot zum ehrenamtlichen Engagement des Fördervereins zu prüfen, mit den eigenen Planungen des Betriebes abzustimmen, und einen Vorschlag für die Fortführung des Besucherbergwerkes für das Jahr 2007 vorzulegen.*

Hierzu erklärt **Herr Dworaczek**, dass derzeit Gespräche mit dem Förderverein über eine neue Aufgabenverteilung stattfinden. Es wird schon jetzt deutlich, dass wesentliche Teile des alten Aufgabenbereiches nicht mehr durch den Förderverein erledigt werden können, wie z.B. die Personalbestellung. Das bedeutet, dass sämtliche Aushilfen wieder durch den Eigenbetrieb beschäftigt werden müssen. Die Perspektive, sukzessive Aufgaben auf den Förderverein zu übertragen, besteht nicht mehr. Es muss sich entweder personalmäßig neu orientiert, oder auf Automatisierung umgestellt werden.

4. *Über die Rückforderung des dem Förderverein gewährten Darlehens in Höhe von derzeit ca. 35.000 Euro wird gesondert mit Vorlage des künftigen Betriebskonzeptes entschieden.*

Laut **Herrn Dworaczek** hatte der Förderverein eine Konzeption zur Bewirtung vorgestellt und der Lahn-Dill-Kreis hatte sich bereit erklärt, zur Umsetzung des Konzeptes maximal 40.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Die erste Tilgung ist erfolgt und es muss jetzt seitens des Fördervereins ein Übernahmeangebot aller Gegenstände vorgelegt werden.

Die Neuverhandlungen mit dem Förderverein haben derzeit nicht oberste Priorität, sondern die Bemühungen, dass der Eröffnungstermin 27.03.2007 eingehalten werden kann.

**Frau Kornmann** weist darauf hin, dass die Zahlen im Wirtschaftsplan für 2007 noch auf dem Kooperationsvertrag basieren.

**Herr Dworaczek** kündigt einen revidierten Wirtschaftsplan an. Auf eine Frage von Frau Müller nach den künftigen Aufgaben des Fördervereins antwortet er, dass diese künftig in ideelle Richtung gehen werden.

**Frau Beimborn** erinnert daran, dass der Förderverein seinerzeit als „die Lösung“ dargestellt wurde. Es muss jetzt völlig neu darüber nachgedacht werden, wie die Grube Fortuna erhalten und finanziert werden kann.

**Erster Kreisbeigeordneter Hofmann** betont, dass die Kooperation mit dem Förderverein seinerzeit als Chance gesehen wurde. Der Kooperationsvertrag war darauf ausgerichtet, dass der Förderverein in absehbarer Zeit den gesamten Betrieb übernehmen sollte. Es wäre nach seiner Auffassung fahrlässig gewesen, diese Chance nicht zu nutzen. Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass der Verein entweder vom Lahn-Dill-Kreis überfrachtet wurde oder überfordert war. Zwar konnten die Zahlen trotz rückläufiger Besucherzahlen durch Anhebung der Eintrittspreise verbessert werden, allerdings hat der Gaststättenbetrieb darunter gelitten. Es besteht für den Lahn-Dill-Kreis die Verpflichtung, den Betrieb vorzuhalten, und alle Anstrengungen werden darauf ausgerichtet, den Eröffnungstermin 27.03. einzuhalten. Darüber hinaus muss überlegt werden, in welcher Form sich der Förderverein künftig einbringen kann. Die Verpflichtung, den Betrieb vorzuhalten, besteht durch Beschluss des Kreistages. Sollte die Verpflichtung nicht erfüllt werden, wird eine Rückzahlungspflicht gegenüber dem Land fällig.

**Herr Beer** interessiert der Nutzen der umliegenden Kommunen durch die Grube Fortuna. Ihn interessiert, ob diesbezüglich ein Konzept existiert.

Laut **Ersten Kreisbeigeordneter Hofmann** besteht kein Konzept. Da der Lahn-Dill-Kreis Mitglied im Lahntal-Tourismusverband ist, besteht eine überregionale Vermarktung.

**Herr Beer** regt eine Befragung der Besucher der Grube Fortuna an.

**Erster Kreisbeigeordneter Hofmann** teilt mit, dass eine Befragung durchgeführt wurde, die allerdings ca. 5 Jahre zurückliegt. Aus diesem Grund bestehen Zweifel an der Aktualität.

**Herr Schmidt** erinnert an den Beschluss des Kreistages, den Zuschuss für die Grube Fortuna auf 150.000 Euro zu begrenzen. Vor dem Hintergrund dieses Beschlusses sind die Aktivitäten zu dem Kooperationsvertrag entstanden. Die Veränderungen, die massive finanzielle Auswirkungen haben, wurden in der letzten Kreistagssitzung unter „Mitteilungen“ bekannt gegeben. Am Tag nach der Kreistagssitzung wurde ausführlich durch die Presse informiert. Was in der Zeitung zu lesen war, hätte in der Kreistagssitzung mitgeteilt werden müssen.

**Erster Kreisbeigeordneter Hofmann** erwidert, dass er in der letzten Kreistagssitzung über Ergebnisse aus der kurz vorher stattgefundenen Sitzung der Betriebskommission berichtet hat. Die Presse hat dies aufgegriffen und bei dem Förderverein nachgefragt. Die Kommentare in dem Zeitungsbericht stammten überwiegend aus der Sicht des Fördervereins. Er hielt es nicht für opportun, in der Kreistagssitzung auf Details einzugehen. Er hat allerdings kein Problem damit, heute über die Angelegenheit ausführlich zu berichten. Zu sagen ist, dass der seinerzeitige Kreistagsbeschluss, den Zuschuss auf maximal 150.000 Euro zu begrenzen, aus derzeitiger Sicht nicht erfüllbar ist. Die Spanne wird um 300.000 Euro liegen.

**Herr Steinruck** erinnert daran, dass die Kreistagsbeschlüsse unter der Prämisse des einjährigen Versuches gefasst wurden. Bei den 150.000 Euro handelt es sich um eine Zielsetzung, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erreicht werden sollte. Es bleibt festzustellen, dass das vergangene Jahr nicht zufriedenstellend ausgefallen ist. Derzeit sorgt die Betriebskommission unter hohem Zeitdruck dafür, dass der Eröffnungstermin eingehalten werden kann. Er persönlich ist ein Verfechter der Grube Fortuna, die nach Möglichkeit erhalten werden sollte.

**Herr Froneberg** erinnert sich, dass die von dem Förderverein organisierten Fahrtage bei der Grube Fortuna nie Anlass zu Kritik gegeben haben. Insofern konnte man davon ausgehen, dass der Verein ein Partner sein könnte, der in der Lage ist, zeitnah zusätzliche Aufgaben zu übernehmen.

Die Kooperation war eine Möglichkeit, von der man bis zum Beweis des Gegenteils Gebrauch gemacht hat. Es gab seinerzeit keine Zweifel, dass der Förderverein zur Erfüllung der Aufgaben in der Lage ist. Gescheitert ist er im Wesentlichen an arbeitsrechtlichen Fragen. Beschäftigte haben sich in ein reguläres Arbeitsverhältnis eingeklagt. Der Förderverein, der gewohnt war, überwiegend mit ehrenamtlich Tätigen zu arbeiten, war damit überfordert. Ein weiteres Thema ist die Gaststätte. Es sei dahingestellt, ob man hier die nötige Menschenkenntnis hat walten lassen. Wenn am 27. März die Eröffnung stattfinden soll, muss ein Pächter vorhanden sein, der in der Lage ist, den an ihn herangetragenen Bedarf zu erfüllen. Es wäre verheerend, wenn die Gastronomie bei der Eröffnung geschlossen wäre. Er stimmt Herrn Dworaczek zu, die Entscheidung, wie der Förderverein künftig tätig sein wird, hat keine Eile. Dringend geboten ist die Vorlage eines Konzeptes. Es gibt nach seiner Auffassung kein touristisches Thema im Lahn-Dill-Kreis, was so eingehend vom Kreistag diskutiert und begleitet wurde, wie die Grube Fortuna. Wenn sie erhalten werden soll, muss nach wie vor Ziel sein, Einsparmöglichkeiten ohne Qualitätsverlust zu finden.

**Frau Müller** erwartet, dass Informationen ausführlich gegeben werden, und dass Herr Hofmann als Vorsitzender der Betriebskommission die Sache nach außen vertritt.

**Erster Kreisbeigeordneter Hofmann** betont nochmals, dass die erforderliche Information im Kreistag erfolgt ist. Es geht nicht darum, den Kreistagsabgeordneten etwas vorzuenthalten. Er hält es allerdings nicht für angemessen, wenn man mit einem Partner -sprich Förderverein- zusammenarbeitet, dem Betrieb abträgliche Informationen in einer öffentlichen Kreistagssitzung bekannt zu geben. In dem Fall wären Schwächen des Fördervereins offen gelegt worden.

**Herr Froneberg** fragt sich, warum nicht ein gemeinsames Pressegespräch zwischen Förderverein und Herrn Hofmann als Vorsitzender der Betriebskommission stattgefunden hat.

**Erster Kreisbeigeordneter Hofmann** sagt zu, bei nächster Gelegenheit so zu verfahren. Er sieht es allerdings als Problem, vor einer Kreistagssitzung an die Presse zu gehen.

Nach Auffassung von **Herrn Esch** hat der Förderverein alles versucht und sich dabei „verhoben“. Ansinnen des Vorsitzenden der Betriebskommission war, dies nicht an die Öffentlichkeit zu bringen. Die Berichtspflicht besteht darin, mitzuteilen, dass durch Kündigung der Partner Förderverein nicht mehr existiert. Man sollte mit dem Förderverein im Gespräch bleiben. Der Traum, dass der Förderverein die Grube Fortuna übernehmen kann, ist allerdings ausgeträumt.

**Erster Kreisbeigeordneter Hofmann** gibt weitere Erklärungen zu dem Kündigungsverfahren.

**Herr Steinruck** spricht die Problematik der Zukunft aller Fördervereine an. Man sollte den Schluss aus der Angelegenheit ziehen, dass solche großen Projekte lediglich von Fördervereinen begleitet werden können, sie können sie nicht alleine durchführen.

**Frau Beimborn** interessiert den auf Seite 5, Position 7 b genannten Blitzschaden, der der Versicherung gemeldet wurde, und den diese zunächst abgelehnt hat.

**Herr Dworaczek** erklärt, dass es sich um 5.000 Euro handelt, die Angelegenheit wurde der Rechtsabteilung übergeben.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt **Ausschussvorsitzender H. Müller** fest, dass der 3. Wirtschaftsbericht des Eigenbetriebes Grube Fortuna (Drucksache Nr. 2/2007) **zur Kenntnis** genommen wird.

**Zu TOP 3**

3. Wirtschaftsbericht 2006 der Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill  
Drucksache 3/2007

**Frau Müller** interessiert der aktuelle Stand der Lagerbestände. Zum 30.09. waren es 30.000 Tonnen Trockenstabilat. Sie möchte wissen, ob inzwischen ein Abbau erfolgt, oder ob die Tendenz noch immer steigend ist.

**Herr Dworaczek** erklärt, zum 31.12.2006 lagerten 26.000 Tonnen Trockenstabilat. Von 18.000 Tonnen produziertem Trockenstabilat sind im letzten Quartal 5.000 Tonnen zwischengelagert worden. An Hausabfällen lagern derzeit 20.181 Tonnen, wobei die Steigerung hier auf die Brände in der Anlage zurückzuführen ist. Außerdem wurden durch einen Ausfall in Frankfurt vom Hochtaunus- und Main-Taunus-Kreis zusätzliche Mengen angeliefert, die im laufenden Quartal wegfallen werden, sofern Frankfurt weiter am Netz bleibt. An Gewerbeabfall lagern 1.500 Tonnen, hier wurde die Menge etwa halbiert. Sperrabfall beträgt etwa 8.800 Tonnen. Hierbei müssen die Hochwasserschäden bedacht werden, in den letzten zwei Wochen wurde viel abgefahren. An Altholz liegen 1.800 Tonnen. Dies bewegt sich in normalem Umfang und wird derzeit abgefahren.

**Frau Müller** interessiert die Höhe der erteilten Erweiterungsgenehmigung.

**Herr Dworaczek** erklärt, aus Sicht des Regierungspräsidiums wird die Genehmigung um zusätzliche 3.000 Tonnen erteilt werden. Mit der Firma Herhof herrscht Einigung darüber, dass für diese 3.000 Tonnen eine Bürgschaft in Höhe von 300.000 Euro bestellt werden muss.

Auf Nachfrage von **Frau Müller**, welches Volumen insgesamt gelagert werden darf, teilt **Herr Dworaczek** mit, dass es sich umgerechnet um ca. 25.000 – 26.000 Tonnen Gesamtvolumen handelt.

**Frau Müller** interessieren die Möglichkeiten des Lahn-Dill-Kreises, falls nicht in der beabsichtigten Weise verfahren wird.

**Herr Dworaczek** teilt mit, dass derzeit mit dem Regierungspräsidium eine rechtliche Auseinandersetzung geführt wird. Es muss geklärt werden, wer bei einer möglichen Nicht-Verwertung der Trockenstabilatmengen verantwortlich ist. Als Druckmittel hat der Lahn-Dill-Kreis die Möglichkeit, die Bereitstellungspreise zurückzuhalten. Der Arbeitspreis wird im Nachhinein gezahlt (ca. 800.00 – 900.000 Euro pro Monat).

**Frau Müller** erinnert an Situationen, wo dieses Druckmittel nicht eingesetzt werden konnte.

**Herr Dworaczek** entgegnet, dass lediglich die Möglichkeit der Zwischenlagerung bleibt, da die Verbrennungsanlagen nicht ausreichend Mengen aufnehmen. Geplant sind mehr Verbrennungsanlagen. Somit ist von einer mittelfristigen Entspannung der Lage auszugehen.

**Frau Beimborn** geht auf die seit Jahren wechselnden Tendenzen ein. Sie selber vermag die Situation nicht mehr einzuschätzen. Derzeit wird der gelbe Sack wieder eingesetzt. Es hat Zeiten gegeben, wo betont wurde, dass mehr Müll benötigt wird, damit am Trockenstabilat verdient wird. Ihr ist das Konzept nicht mehr klar.

**Herr Dworaczek** erwidert, wenn man sich Nachbardeponien anschaut, liegt der Lahn-Dill-Kreis mit Restmüll und Trockenstabilat am unteren Ende. Es wurden im letzten Jahr 150.000 Tonnen Müll verarbeitet, viel mehr kann von der Anlage nicht verlangt werden. Derzeit wird in Erledigung des Kreistagsbeschlusses geprüft, wie eine verursachungsgerechtere Gebühr eingeführt werden kann. Weiterhin wird die Gebührenkalkulation 2008 bis 2010 vorbereitet. Die Tendenz geht dahin, Müll zu trennen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt **Ausschussvorsitzender H. Müller** fest, dass der 3. Wirtschaftsbericht 2006 der Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill (Drucksache Nr. 3/2007) **zur Kenntnis** genommen wird.

#### Zu TOP 4

3. Wirtschaftsbericht 2006 der Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung  
Drucksache 4/2007

**Frau Müller** geht auf Seite 3 des Berichtes ein: „Die Gebühren der Musikschule werden in einem Zweijahresrhythmus den Kostenentwicklungen und den Subventionsbeschlüssen des Lahn-Dill-Kreises angepasst“. Sie möchte wissen, welche Subventionsbeschlüsse der Lahn-Dill-Kreis gefasst hat.

**Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegricht** erklärt, dass die Kosten der Volkshochschule und der Musikschule inzwischen getrennt sind. Der Zuschuss an die Musikschule Wetzlar ist eine Subvention. Es handelt sich um einen freiwilligen Zuschuss, da für Zuschüsse an die Musikschule keine Verpflichtung besteht.

Laut **Frau Müller** steht im nächsten Satz „die geplante Erhöhung zum 01.02.2007 wird jedoch zunächst nicht umgesetzt...“. Somit findet in ihren Augen keine Anpassung statt.

**Herr Dworaczek** erklärt, der Gesamtzuschuss, den der Lahn-Dill-Kreis dem Eigenbetrieb überlässt, beträgt derzeit 431.810 Euro. Durch die kaufmännische Trennung in Volkshochschul- und Musikschulbereich teilt sich der Zuschuss auf, den auch er für eine Subvention hält. 188.100 Euro Zuschuss beträgt der Volkshochschulanteil. Dieser ist deckungsgleich mit dem Landeszuschuss, der um weitere 5 Jahre verlängert wird. 243.700 Euro bleiben somit für die Musikschule. Dieser Betrag ist plus 30–40.000 Euro ausreichend. Zusätzlich läuft der Zuschuss an die Musikschule Wetzlar in Höhe von knapp 110.000 Euro ab 2007 über die Bücher des Eigenbetriebes. In den Überlegungen zur Planung für 2007 wurden in der Betriebskommission die Gebühren diskutiert. Im Musikschulbereich soll abgewartet werden, ob über höhere Schülerzahlen eventuell die Kostensteigerung auffangen kann.

Laut **Frau Müller** wurde in der Betriebskommission überlegt, wie man die Jugendlichen erreichen kann und es herrschte die allgemeine Auffassung, dass der Praxisteil in den Schulen häufig unterrepräsentiert ist. Wenn eine Gebührenerhöhung auf Grund der Mehrwertsteuererhöhung diskutiert wird, muss man sich die Frage stellen, was sich Eltern für ihre Kinder noch leisten können. Eine Erhöhung wäre als Auswirkung abschreckend gewesen. Hierüber herrschte in der Betriebskommission Konsens.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt **Ausschussvorsitzender H. Müller** fest, dass der 3. Wirtschaftsbericht 2006 der Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung (Drucksache Nr. 4/2007) **zur Kenntnis** genommen wird.

#### Zu TOP 5

Gestaltung Eintrittspreise Besucherbergwerk "Grube Fortuna"  
Drucksache 9/2007

**Herr Knöpp** kritisiert, dass der der Vorlage beigefügte Fleyer vor Änderung der Preise gedruckt wurde. Er müsste entweder neu gedruckt oder ergänzt werden. Ihn interessiert das Konzept, da unter TOP 2 mitgeteilt wurde, dass sich das Ergebnis trotz sinkender Besucherzahlen verbessert hat. Da die Besucherzahl wieder angehoben werden soll, hält er ein Marketingkonzept für erforderlich. Das kostet Geld und ihn interessiert, in welchem Verhältnis dies zueinander steht.

**Herr Dworaczek** erklärt, der Prospekt wurde in der abgelaufenen Saison aktualisiert und enthält die zum damaligen Zeitpunkt gültigen Tarife. Neue Prospekte, bzw. Einlegzettel, werden gedruckt, wenn der Kreistag am Montag die entsprechenden Beschlüsse fasst. Die Betriebskommission hat die Betriebsleitung aufgefordert, ein Betriebs- und Marketingkonzept zu erstellen, dies ist in Arbeit. Der Lahntal-Tourismus-Verband plant die Einstellung eines Mitarbeiters aus dem Bereich „Hartz IV“, der sich mit der Angelegenheit beschäftigen soll. An der Finanzierung dieses Mitarbeiters wird sich die Grube Fortuna beteiligen. Es ist abgesichert, dass die Grube Fortuna über den Lahntal-Tourismusverband in 2007 auf Messen vertreten sein wird. Daraus ist erkennbar, dass das Marketingkonzept wächst. Er geht davon aus, dass es in der übernächsten Sitzung der Betriebskommission präsentiert werden kann.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über die Vorlage (Drucksache Nr. 9/2007) abstimmen:

**Beschlusstext:**

**Die Betriebskommission empfiehlt dem Kreisausschuss, folgende Beschlussempfehlung an den Kreistag weiterzuleiten:**

- a) Für das Besucherbergwerk Grube Fortuna wird erstmals zur Saison 2007 ein Familienticket eingeführt. Es berechtigt maximal 2 Erwachsene und deren Kinder (i.S. der Preisgruppe Schüler, Auszubildende, Schwerbehinderte, Wehr- und Ersatzpflichtige) zum Eintritt. Für die Saison 2007 beträgt der Eintritt 20,00 €.
- b) Für das Jahr 2007 wird erstmals eine Gruppenermäßigung von 10 % auf den regulären Eintrittspreis für Personengruppen mit 10 Mitgliedern oder mehr gewährt.
- c) Die in der Anlage ausgewiesenen sowie unter a) und b) neu zu beschließenden Eintrittspreise des Besucherbergwerkes „Grube Fortuna“ werden als Rahmenpreise festgelegt mit der Maßgabe, dass die Betriebsleitung in Abstimmung mit der Betriebskommission ermächtigt wird, davon maximal bis zu 50 % nach oben oder unten abweichende Eintrittspreise bedarfsorientiert festzusetzen.

Der Vorlage wird **einstimmig** zugestimmt.

**Zu TOP 6**

Sanierung des Dienstgebäudes A der Kreisverwaltung Karl-Kellner-Ring 51, Wetzlar  
Drucksache 5/2007 – 1

**Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegricht** erklärt, dass die Vorlage im Fachausschuss Bauen und Gebäudemanagement beraten wurde. Die Änderungen in der neuen Fassung der Vorlage wurden auf Anregungen aus dem Fachausschuss eingearbeitet. Unter anderem führten die unterschiedlichen Zahlenangaben im Beschlusstext und in der Begründung zu Verwirrung. Die wesentliche Änderung, die in der verbesserten Schallschutzklasse der Fenster liegt, ist im vorletzten Absatz auf Seite 3 der Vorlage erklärt. Berücksichtigt wurde in der neuen Fassung der Vorlage auch die geänderte Mehrwertsteuer.

**Herr Froneberg** interessiert, ob der Betrag von 62.500,00 Euro, der in der überarbeiteten Vorlage erstmals auftaucht, in der Gesamtsumme enthalten ist.

Dies wird von **Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Wegrich** bestätigt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über die Vorlage (Drucksache Nr. 5/2007 – 1) abstimmen:

### **Beschlusstext**

- 1.1 Die Fensterfassaden und haustechnische Sanierung des Dienstgebäudes A Karl-Kellner-Ring 51 in Wetzlar mit einem voraussichtlichen Gesamtkostenaufwand in Höhe von 1.850.000 € wird durchgeführt.
- 1.2 Der Sperrvermerk für die in den Wirtschaftsplänen 2004, 2005 und 2006 für die Sanierung des ehemaligen Gesundheitsamtes eingestellten Mittel wird aufgehoben.

Ziffer 1.1 wird bei 6 Enthaltungen **einstimmig** zugestimmt.

Ziffer 1.2 wird bei 6 Enthaltungen **einstimmig** zugestimmt.

### **Zu TOP 7**

Verschiedenes

**Ausschussvorsitzender H. Müller** teilt mit, dass die für den 28.02.2007 anberaumte Sitzung des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses bereits um 13:30 Uhr beginnen wird. Die Tagesordnung soll an diesem Tag abgearbeitet werden, die für den 01.03.2007 geplante Sitzung entfällt. Der Grund dafür ist, dass aufgrund der Wirtschaftsplanberatungen der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen 2 Tage zur Verfügung stehen sollten, um eventuelle Änderungen vor der Kreistagsitzung einarbeiten zu können.

Hartmut Müller  
Ausschussvorsitzender

Marina Biehl-Schneider  
Schriftführerin